

Zwanzig Jahre zu spät

VON KLAUS J. BADE

Zuwanderungspolitik hat im Zuwanderungsland Adressaten auf beiden Seiten. Auf der einen Seite steht die einheimische Mehrheit jener, die nicht zugewandert sind – und von denen doch viele über die Generationen hinweg besitzen, was „Migrationshintergrund“ heißt.

Von den Binnenwanderern innerhalb der deutschen Grenzen, die man bayerisch „Zuagroaste“ und plattdeutsch „tolopen Volk“ nennt, reicht dies über die Flüchtlinge und Vertriebenen nach dem Weltkrieg bis hin zu Nachfahren „echter“ Ausländer; denn nicht nur die Wanderung von Deutschen ins Ausland, auch die Zuwanderung von Ausländern nach Deutschland hat eine lange Tradition. Mit dieser einheimischen Mehrheit aber ist nicht gut Kirchen essen, wenn es um Zuwanderungsfragen geht; denn Zuwanderer stehen bei vielen – zu Unrecht – unter dem Generalverdacht, mehr zu nehmen als zu geben.

Auf der anderen Seite steht die vielfältig in sich gebrochene, politisch korrekt als „Mitbürger ausländischer Herkunft“ umschriebene Zuwandererbevölkerung mit einer bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts zurückreichenden Migrations- und Integrationsgeschichte. Sie umschließt längst drei Generationen und fühlt sich in diesem Land ebenfalls schon mehr oder minder „einheimisch“ oder doch „zu Hause“, ob nun mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Diese Zuwanderer sind aktiv handelnde Subjekte, die sich – Ausnahmen bestätigen die Regel

– selber integrieren. Andernfalls wäre die Auffassung des ersten Ausländerbeauftragten und vormaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), Ende der 70er Jahre zu einer furchtbaren, sich selbst erfüllenden Prophezeiung geworden: Was nicht rechtzeitig in die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien investiert werde, sei für Resozialisierung und Polizei zu bezahlen. Dass es nicht dahin kam, hat weniger mit Integrationshilfen als mit der Integrationsbereitschaft der Zuwanderer zu tun. Dafür braucht man nicht dankbar zu sein, die Anerkennung der gesellschaftsgeschichtlichen Fakten genügt.

Um die einheimische Mehrheit muss mit Argumenten geworben werden, wenn Zuwanderungspolitik eine Chance haben soll. Nötig ist aber auch Werbung um das Vertrauen der Zuwanderer. Sie haben an die letzten Jahrzehnte durchaus anders geprägte Erinnerungen, die für viele heute noch mitbestimmend für ein anderes Verständnis der politischen Diskussion über Migration und Integration sind, besonders in Wahlkampfzeiten.

Die einheimische Mehrheit unterscheidet sich von den zugewanderten Minderheiten durch einen gravierenden Punkt: Die Mehrheit hat kein Gedächtnis für eigene



Der Migrationsexperte Prof. Dr. Klaus J. Bade lehrt Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück

Versäumnisse in der Einwanderungssituation – zum Beispiel bei der sozialen Ausgrenzung von „Gastarbeitern“, bei „Ausländerpolitik“ anstelle von Integrationspolitik, bei dem höflichen Vertreibungsdruck der „Rückkehrprämien“ Anfang der 80er Jahre oder bei den fremdenfeindlichen Exzessen der frühen 90er. Die Zuwandererbevölkerung hingegen wurde oder fühlte sich von solchen

Versäumnissen nicht selten existenziell betroffen. Mitunter registrierte sie Versäumnisse erst im Dialog mit ihrer schon in Deutschland aufgewachsenen zweiten Generation. Denn einerseits zielten viele Lebenskonzepte der Pionierimmigranten nicht auf dauerhafte Einwanderung; andererseits wurden solche Lebenskonzepte zum Teil auch durch Abwehrhaltungen des Aufnahmelandes lange daran gehindert, sich in Richtung auf dauerhafte Einwanderung zu entfalten.

Die meisten „Gastarbeiter“ waren seinerzeit für die untersten Ebenen des Arbeitsmarktes angeworben worden. Später wurden viele dieser Arbeitsbereiche wegrationalisiert oder entfielen krisenbedingt, und die Angeworbenen verloren ihre Arbeit. In einer Situation, in der ein Wandel von „Gastarbeitern“ zu Einwandererfamilien schon – ohne Gewalt –

nicht mehr umkehrbar war, antwortete die Bundesrepublik Anfang der 80er Jahre aber gerade nicht mit forcierter Integrationspolitik und gezielten Aus- und Fortbildungsprogrammen, sondern mit ausgrenzenden und erniedrigenden Maßnahmen zur „Aufrechterhaltung der Rückkehrbereitschaft“. Das hat wenig bewirkt, aber folgenreiche kollektiv-mentale Verletzungen hinterlassen. Auch viele Chancen, den Einwandererfamilien zu helfen, wenigstens in der nächsten Generation eine höhere soziale Ebene zu erreichen, wurden verpasst. Das zeigen heute noch die Schulabschlusszahlen.

Es ist deshalb zynisch, im Blick auf solche Bildungslagen in Verkehrung von Ursache und Folge von „mangelnder Integrationsfähigkeit“ zu reden. Dergleichen ist mehr als Wahlkampfrhetorik. Es ist Ausdruck einer gefährlicher Mischung von Ahnungs- und Verantwortungslosigkeit gegenüber den kulturellen und sozialen Verständigungsaufgaben der Zuwanderungsgesellschaft.

Das Zuwanderungsgesetz von heute wäre schon Anfang der 80er Jahre fällig gewesen und wurde damals auch angemahnt. Es hätte uns und den Zuwanderern vieles ersparen können. Es hat nicht sollen sein – ein „historischer“ Grund mehr, das längst überfällige Gesetz nun zügig umzusetzen.

An dieser Stelle lädt die WELT täglich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ein, ihren Standpunkt zu vertreten.